

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 8 85 846 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Edelgard Bulmahn MdB verurteilt das Klonieren von Embryonen: Der Mensch darf nicht zum Produkt werden.

Seite 1

Michael Müller MdB und Klaus Lennartz MdB verlangen, die steuerliche Bevorzugung des Individualverkehrs zu beenden: Die Kilometer-Pauschale und die Umwelt.

Seite 2

Dr. R. Werner Schuster MdB formuliert Erwartungen an Wiesbaden: Die SPD muß sich bemühen, radikale Reformen mehrheitsfähig zu machen.

Seite 4

Dr. Heinz Kaiser MdL bewertet die Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung: Der große Bluff.

Seite 6

48. Jahrgang / 205

26. Oktober 1993

### Der Mensch darf nicht zum Produkt werden Die Forschungsfreiheit ist nicht grenzenlos

Von Edelgard Bulmahn MdB  
Stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-  
Bundestagsfraktion

Das bisher nur in Romanen wie A. Huxleys "Schöne neue Welt" beschriebene Horrorszenario der Menschenzüchtung scheint Wirklichkeit geworden zu sein.

Jerry Hall von der Georg-Washington-Universität, USA hat aus 17 menschlichen Embryonen durch Teilung im frühen Entwicklungsstadium insgesamt 48 Embryonen produziert. Die Technik des Klonierens von Embryonen wird schon seit Jahren bei Hochleistungskühen in der Landwirtschaft angewendet. Doch keiner wollte bisher daran glauben, daß Wissenschaftler bereit sind, die Grenze hin zur Menschenzüchtung zu überschreiten.

Bestrebungen, wie die, daß ein "verspäteter Zwilling", der erst Jahre später in den Mutterleib eingepflanzt würde, und somit theoretisch als Organspender dienen könnte, sind ein krasser Verstoß gegen das Recht auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Der Mensch stellt nicht ein beliebig formbares Produkt oder ein Ersatzteillager dar.

Die in Artikel 5 des Grundgesetzes verankerte Forschungsfreiheit ist nicht grenzenlos. Sie stößt an Grenzen, die das Grundgesetz selbst setzt, daß in Artikel 5 Absatz 3 klarstellt, daß die Freiheit der Lehre nicht von der Treue der Verfassung entbindet. Sie stößt an die Grenzen, die die Würde des Menschen und allgemein geltende Normen der Gesellschaft setzen. Forscher, die sich bei ihren Arbeiten nicht an diese Grenzen halten, schaden letztendlich der Forschung insgesamt.

In der Bundesrepublik sind derartige Experimente nach Paragraph 6 des Embryonenschutzgesetzes nicht zulässig und werden mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren geahndet. Bei den Beratungen zum Gesetz herrschte in diesem Punkt bei allen Parteien im Deutschen

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heusesallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,60 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Gründungsmitglied  
des Deutschen Kulturbundes  
Bonnener Zeitung



Bundestag Übereinstimmung. Die Entwicklungen in den USA zeigen jedoch, wie dringend es ist, hier von Seiten der Bundesregierung eine Initiative auf europäischer Ebene zu starten, um ein europaweites Verbot solcher Experimente und Entwicklungen zu gewährleisten. Politik kann es sich nicht leisten, in diesem Bereich zu versagen und sich durch übereifrige Naturwissenschaftler vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen.

(-/28. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Kilometer-Pauschale und die Umwelt**

**Die steuerliche Bevorzugung des Individualverkehrs muß beendet werden**

**Von Michael Müller MdB**

**Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und**

**Klaus Lennartz MdB**

**Stellvertretender umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Seit 1989 fordert die SPD die Umwandlung der bisherigen Kilometer-Pauschale in eine Entfernungspauschale, die unabhängig von der Art des gewählten Verkehrsmittels zwischen Wohnung und Arbeitsplatz gewährt wird.

Die gegenwärtige steuerliche Bevorzugung des Individualverkehrs muß beendet werden, - aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber den Nicht-Autofahrern, aus Gründen des Umweltschutzes und aus Gründen der rationalen Verkehrspolitik.

Die Pläne der Bundesregierung, die Kilometer-Pauschale erneut um 10 Pfg heraufzusetzen (von 65 Pfg/km auf 75 Pfg/km), sind interpretierbar nur als neuerliche Gefälligkeitspolitik gegenüber einer für einflußreich gehaltenen Gruppe, um möglichst vergessen zu machen, wie brutal die Bundesregierung im Rahmen des Sparpaketes dem sogenannten "kleinen Mann" in die Tasche gegriffen hat.

1. Die geplante Erhöhung der Kilometer-Pauschale ist ökologisch abwegig und sachlich nicht zu begründen:
  - Derzeit können 0,65 DM pro Entfernungskilometer steuerlich abgesetzt werden, (bei Benutzung des ÖPNV erfolgt die steuerliche Entlastung entsprechend den tatsächlichen Ausgaben).
  - Die Km-Pauschale wurde in den letzten Jahren mehrfach geändert: 1981 wurde die bis dahin bestehende Beschränkung auf 40 km aufgehoben; 1989 wurde die Pauschale angehoben von 36 auf 50 Pfg/km; 1991 von 50 auf 65 Pfg/km.
  - Nach Schätzungen des BMF belaufen sich die Steuerausfälle 1992 auf circa fünf Milliarden DM - eine Schätzung, die vor dem Hintergrund von circa 50 Milliarden anrechnungsfähigen Entfernungskilometern eher zu niedrig erscheint.
2. Bereits die gegenwärtige Höhe der Kilometer-Pauschale von 65 Pfg/km ist unter ökologischen Gesichtspunkten an der Grenze des Erträglichen. Die tatsächlichen Kosten pro Autokilometer schwanken nach Angaben des ADAC für 1992 zwischen 29,1 Pfg/km (Cuore GL von Daihatsu) und 183,3 Pfg/km (Mercedes SE Automatik), wobei in diese Kosten auch die monatlichen Rücklagen für Neuwagen, Werkstattkosten et cetera eingehen. Steuerlich anrechnungsfähig sind mithin gegenwärtig bereits die gesamten km-Kosten eines Mittelklas

sewegens, nicht nur die variablen Kosten, die für den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstelle nur berücksichtigungsfähig sein müßten; ein Auto hat schließlich fast jeder unabhängig vom Arbeitsweg.

Umweltpolitisch wirkt sich die Kilometer-Pauschale in mehrfacher Hinsicht aus:

- Sie begünstigt die Anschaffung großvolumiger Pkw;
- sie schafft keinen Anreiz, bei der Auswahl des Wohnsitzes den Weg zum Arbeitsplatz möglichst zu verkürzen;
- sie beeinflusst die Verkehrsmittelwahl zu Lasten des öffentlichen Verkehrs;
- durch künstliche Verbilligung der privaten Kosten des Verkehrs wird Mobilität zusätzlich gesteigert und werden die externen Kosten, die der Allgemeinheit aufgelastet werden, weiter erhöht.

3. Die geplante weitere Anhebung der Kilometer-Pauschale ist sachlich auf keinen Fall begründet:

- Durch die geplante Mineralölsteuererhöhung (für deren Kompensation die Anhebung der Kilometer-Pauschale geplant ist) erhöhen sich beim Diesel-Pkw die Kosten pro Liter Kraftstoff um 7 Pfennig und damit um höchstens 0,7 Pfg/km beziehungsweise um 1,4 Pfg/Entfernungskilometer.
- Beim Ottokraftstoff erhöhen sich die Kosten pro Liter um 16 Pfg und damit die Kosten pro Doppelkilometer um 3,2 Pfennig.

Berücksichtigt man, daß bei einer Erhöhung der Km-Pauschale um 10 Pfennig, eine Steuerminderung von durchschnittlich 3 Pfennig eintritt, so wirkt sich die Erhöhung dieser Pauschale auf die Kosten des Arbeitsweges wie folgt aus: Der Fahrer eines Diesel-Pkws macht ein Plus, der Fahrer eines Mittelklasse-Ottomotor-Pkws schneidet plus minus Null ab. Damit ist eine Anreizfunktion, Kraftstoff zu sparen völlig ausgehebelt.

4. Wir lehnen deshalb die geplante Anhebung der Kilometer-Pauschale auf 75 Pfg/Km ab und fordern stattdessen eine kostenneutrale Umgestaltung der bisherigen Kilometer-Pauschale in eine Entfernungspauschale.

In ihrem Haushaltsansatz beziffert die Bundesregierung die erwarteten Steuerausfälle durch die Km-Pauschale-Erhöhung auf 800 Millionen DM. Dies entspricht genau dem Betrag, der notwendig ist, um die bisherige Km-Pauschale als Entfernungspauschale auch für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV gleichberechtigt auszudehnen (ungefähr 20 Prozent der Entfernungskilometer werden durch andere Verkehrsmittel zurückgelegt als durch den Pkw).

5. Langfristig ist aus ökologischer Sicht eine stufenweise Absenkung der Km-Pauschale sinnvoll, wobei für Fernpendler ein Bonus gewährt werden sollte.

(-/26. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Erwartungen an Wiesbaden**

**Die SPD muß sich bemühen, radikale Reformen mehrheitsfähig zu machen**

**Von Dr. R. Werner Schuster MdB**

Ob die SPD in Ihrer Spitze und in ihrer Mitgliederbreite wirklich verinnerlicht hat, daß wir in Deutschland vor einer Gezeitenwende stehen? Als passiver und aktiver Teilnehmer einiger

Parteitage in den letzten Monaten habe ich so meine Zweifel. Die modifizierenden Verbesserungsvorschläge ("SPD - business as usual") überwiegen bei weitem gegenüber radikalen Ansätzen. Daß der real existierende Sozialismus mit seiner verheerenden Ausbeutung von Menschen und Umwelt auf der Anklagebank der Geschichte steht, ist Allgemeingut. Man kann es im Osten überall mit Händen greifen. Daß die viel gepriesene Marktwirtschaft, welche schon lange das Attribut "sozial" vermissen läßt, nicht minder verheerend ist, kann man plastisch in den neuen fünf Bundesländern erfahren. Die Frage nach den strategischen Alternativen müßte von der SPD glaubhaft beantwortet werden - von wem sonst!

Da fallen als erstes die drei Widersprüche auf:

- o Die Bundesrepublik ist auch im Jahr 1993 ein reiches Land. Sie wird voraussichtlich ein Bruttosozialprodukt von circa 3 Billionen DM erwirtschaften. Das sind 40 TDM. für jedes Kind, für jeden Erwachsenen und für jeden Rentner. Das private Sparguthaben beläuft sich auf circa 3,6 Billionen DM. Das sind fast 50 TDM für jeden Einwohner.
- o Auf der anderen Seite sind die Zeichen einer ernsthaften, wirtschaftlichen, strukturellen Rezession unübersehbar. 3,5 Millionen "offizielle" Arbeitslose (10 Prozent) sind nur die Vorboten, bis Ende 1993 werden es deutlich über 15 Prozent werden, natürlich mit einem riesigen Ost-West-Gefälle. Unternehmen und öffentliche Hände wetteifern, sich gesund (sprich: kaputt) zu sparen.
- o Trotzdem gibt es in Deutschland eine unübersehbare Menge gesellschaftlich sinnvoller, aber ungetaner Arbeit: Dies reicht vom sozialen über den Bildungs- bis hin zum Umweltbereich.

Wären diese drei Widersprüche nicht gleichzeitig eine Chance für einen grundsätzlichen Neuanfang? Hans Eichel, der Hessische Ministerpräsident, hat in einem Zeitungsinterview in den letzten Tagen zu Recht darauf hingewiesen, daß es in der SPD an einem durchgängigen Gesamtkonzept fehle. In einem solchen radikalen Reformkonzept wäre unter anderem Folgendes zu erörtern:

- 1) Soziale Gerechtigkeit: Ist die Spaltung in obere Zwei-Drittel und unteres Drittel eigentlich Gott gegeben? Hier gibt es viele sinnvolle SPD-Vorschläge, aber von einem wirklichen "sozialen Lastenausgleich" mit einer "Umverteilung von oben nach unten", kann bisher nicht die Rede sein. Letztlich steht zu befürchten, daß wir dem vordergründigen Druck nach Machterhalt und dem Vorwurf des "Sozialneides" doch wieder unseren Tribut zollen werden.
- 2) Strukturreform des Öffentlichen Dienstes: Noch nie hatten wir so viele Staatsbedienstete wie heute und doch - so scheint es - leben wir in einem Nachwächterstaat. Dieser Staat betreibt Krankenhäuser, Kindergärten, Wirtschaftsunternehmen, aber sein Versagen im Kernbereich wird schelmbar hingenommen. Steuergerechtigkeit ist (circa 100 Milliarden DM pro Jahr Steuerhinterziehung) ein Fremdwort. Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden und ein Rechtssystem, was jedermann zeitnah Gerechtigkeit zukommen läßt, scheitert an Personalmangel. Was wir dringend brauchen ist ein Öffentlicher Dienst, der zuallererst seinen Kernaufgaben gerecht wird, das heißt Prioritäten setzt, der Mitarbeitermotivation zu seinen Zielen setzt, mit weniger Bürokratie und mehr dezentraler Entscheidungskompetenz.
- 3) Steuer- und Abgabenreform: Unser Steuersystem ist seit langem zu kompliziert und zu wenig transparent. Es benachteiligt den Lohnsteuerzahler, weil dieser an der Quelle abgezogen erhält und bevorteilt denjenigen, der sich einen Steuerberater leisten kann. So sehr man die Forderung nach einer Sozialstaffel für Kindergartenbeiträge nachvollziehen kann, die gefundenen Lösungen bedeuten doch immer noch mehr Bürokratie und noch weniger Transparenz. Eine grundsätzliche Steuerreform könnte dieses Nachbessern "an tausend Abgaben-Schrauben" überflüssig machen.

- 4) **Reform des Arbeitsmarktes:** Ob die eher zaghaften Ansätze für einen zweiten Arbeitsmarkt, initiiert allein von der Öffentlichen Hand, die strukturellen Verwerfungen wird lösen können, darf bezweifelt werden. Systematische Runde Tische mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Öffentlicher Hand auf regionaler Ebene sollten trotz der sich abzeichnenden Tarifkonflikte möglich sein, um das Ziel "Arbeit für Alle" im Auge zu behalten.
- 5) **Reform des Sozialleistungssystems:** Die bisherige, ausschließliche Finanzierung über Lohn-Nebenkosten läßt sich bereits jetzt nur mühsam aufrecht erhalten. Spätestens die dramatischen, vorhersehbaren demographischen Entwicklungen nach dem Jahr 2010 (Verschiebung der Bevölkerungspyramide zugunsten älterer Menschen) macht eine systematische Lösung (zusätzliche Finanzquellen und/oder Strukturänderung) unaufschiebbar. Die uralte SPD-Forderung nach einer "Grundsicherung für Alle" könnte gleichzeitig Bürokratie abbauen.
- 6) **Reform des kommunalen Finanzausgleiches:** Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird vor allem im Einzelplan 4 (Soziales) auch in den nächsten Jahren vorhersehbar weiter auseinanderklaffen. Von daher ist es zu begrüßen, daß in Hessen sich erstmalig Bürgermeister an einer Demonstration beteiligt und die Oberbürgermeister in Bonn Protest angemeldet haben. Eine systematische Lösung ist bislang nicht in Sicht.
- 7) **Ökologische Verantwortung:** Hier existieren spätestens seit dem Bundestagswahlkampf 1990 relativ präzise Vorstellungen (Energiesteuer et cetera) in der Spitze der SPD. Es mangelt an ausreichender Akzeptanz an der Basis.
- 8) **Reform des Bodenrechtes:** Der Staat hat hier die Steuerung praktisch an Spekulationsgewinnlern abgetreten, obwohl Grund und Boden in der BRD zu den wichtigsten Ressourcen zählen, welche einerseits nicht vermehrbar und andererseits für eine positive Weiterentwicklung unabdingbar sind.

Entscheidend bei einer solchen Auflistung ist nicht ihre Vollständigkeit. Die einzelnen Themen müssen in unserer komplexen Welt "vernetzt" oder "quer gedacht" werden. Ob der Wiesbadener Bundesparteitag die Weichen in diese Richtung stellt, wird sich zeigen. Aber eigentlich erwarten die WählerInnen doch glaubwürdige und kompetente Lösungsvorschläge dringlicher Probleme von uns. Wollen wir diese Problemlösungskompetenz an "FWGs" oder Bürgerinitiativen abtreten? Wer sonst als die SPD könnte radikale Reformen mehrheitsfähig machen und unsere Gesellschaft zu einer Auflösung der oben genannten drei Widersprüche führen?

Frage an die SPD: Wo ist der Ort, wo die Institution, wo über solche vernetzte Politiklösungsansätze systematisch und bis in wichtigste Umsetzungsdetails nachgedacht und zu einem sozialdemokratischen Reformprojekt zusammengebunden wird?

{-/26. Oktober 1993/rs/ks}

\*\*\*\*\*

**Bayern-Milliarde**  
**Der große Bluff der CSU-Staatsregierung**

**Von Dr. Heinz Kaiser MdL**  
**Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Auch in Bayern setzt sich die konjunkturelle Talfahrt fort: Die industrielle Produktion sinkt (um knapp zehn Prozent im ersten Halbjahr 1993), und es gibt teilweise massive Einbrüche. Die Spitzenposition der bayerischen Wirtschaft ist in Gefahr, weil die CSU-Staatsregierung bei dieser konjunkturellen Talfahrt nur untaugliche Rezepte hat, um den Freistaat für die Zukunft zu rüsten.

Wie die CSU-Regierung mit Sprüchen, einem konzeptionslosen Herumwursteln und einem verantwortungslosen Spiel auf Zeit die Bürger hinteres Licht führt, zeigen die jüngst angekündigten 'Maßnahmen' zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die großspurig verteilte Bayern-Milliarde.

Der Bayern-Fonds ist ein großer Bluff und ein Etikettenschwindel ersten Ranges. Von der Milliarde bleiben nämlich nur 850 Millionen Mark Darlehensvolumen übrig. Auch wird durch Kürzungen in anderen Bereichen nur simpel umgeschichtet.

Im übrigen erstreckt sich der Betrag von 138 Millionen Mark, mit dem der Fonds dotiert ist, nicht nur auf das Jahr 1993, sondern auch auf 1994. Im Nachtragshaushalt 1993/94 werden die Mittel zur Wirtschaftsförderung in den Kapiteln 0703 und 0704 um 57 Millionen Mark für 1993 und um 50 Millionen Mark für 1994 gekürzt.

Für den Sonderfonds zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bayern sind im Einzelplan Wirtschaft 20 Millionen Mark für 1993 und 43 Millionen Mark für 1994 sowie im Einzelplan Allgemeine Finanzverwaltung 75 Millionen Mark ausgebracht. Demnach werden aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums trotz des Sonderfonds weniger Mittel zur Förderung der bayerischen Wirtschaft ausgegeben als zuvor - und dies bei einer konjunkturellen Situation, die sogar Wirtschaftsminister Wiesheu mit Recht als düster geschildert hat.

'Als Geheimtip' bezeichnete der bayerische Wirtschaftsminister in einer Pressemitteilung die Zinshilfeprogramme für gewerbliche Investoren. Damit räumt Minister Wiesheu im Grunde genommen ein, daß die Programme auf keinen großen Anklang stießen. Zum Beispiel muß eher mit Zuschüssen und Bürgschaften gearbeitet werden.

Das Vertrauen der Wirtschaft in die CSU-Regierungspolitik ist stark erschüttert, weil es keine klaren politische Vorgaben gibt und die CSU die Wirtschafts- und Finanzpolitik dahindümpeln läßt. Statt nur rumzupalavern und vollmundige Erklärungen abzugeben, wie es Stoiber, Wiesheu und Waldenfels tun, brauchen wir einen Kraftakt für die bayerische Wirtschaft. Das heißt konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und aktive Standortpolitik.

Das erfordert aber auch, sich mehr um die Zukunftsbranchen zu kümmern und dafür Sorge zu tragen, daß diese Produktionsstätten in Bayern angesiedelt werden. Wir brauchen ein klares Konzept, wo denn künftig die Entwicklungsschwerpunkte liegen sollten. Außerdem müßten die wirtschaftlichen Beziehungen Bayerns mit dem pazifischen Raum und den Reformstaaten im Osten ausgebaut werden.

(-/26. Oktober 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*